

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Stabiles Internet

Streamingdienste passen ihre Bitrate an

Seite 3

IM FOKUS

Medizinprodukte

EU baut strategische Reserve auf

Seite 5

Binnengrenzen

Kommission dringt auf zügige Kontrollen

Seite 6

Schwerpunktthema: Europas Reaktion auf die Corona-Pandemie



COVID-19-Kontrolle im spanischen Sevilla.

© María José López/Europa Press/dpa

ALBANIEN UND NORDMAZEDONIEN

Aufnahme von Beitrittsgesprächen

Die Mitgliedstaaten haben einem Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt, Beitrittsgespräche mit den westlichen Balkanstaaten Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen. Die Kommission begrüßte die Annahme durch den Ministerrat.

„Ich gratuliere beiden Ländern aus tiefstem Herzen. Die Entscheidung sendet auch ein lautes und deutliches Signal an die Westbalkanländer. Ihre Zukunft liegt in der EU“, twitterte EU-Erweiterungskommissar Oliver Varhelyi. Die EU-Kommission setzt sich seit langem für eine EU-Erweiterung auf dem westlichen Balkan ein.

■ *Dynamischer Beitrittsprozess*

HILFEN FÜR UNTERNEHMEN UND BESCHÄFTIGTE

Europa stützt seine Wirtschaft ohne Wenn und Aber

Die Europäische Union begegnet den ökonomischen Auswirkungen der Corona-Infektionswelle entschieden und mit allen denkbaren Instrumenten. „Ich möchte sicherstellen, dass wir auf die menschliche und sozioökonomische Dimension der Coronavirus-Pandemie bestmöglich reagieren“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und fügte hinzu: „Alles, was in der Krise hilft, wird eingesetzt.“

> „Als Europa wirklich füreinander da sein musste, haben zu viele zunächst nur an sich selbst gedacht“, sagte von der Leyen in einer Rede im Europäischen Parlament und fügte hinzu: „Aber es dauerte nicht lange, bis einigen die Folgen des eigenen unkoordinierten Handelns bewusst wurden. Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Wochen außergewöhnliche Schritte eingeleitet, um die notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen und zu koordinieren.“

Die Maßnahmen umfassen:

> **Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts:** Die EU-Finanzminister stimmten einer Initiative der Kommission zu, erstmals in

der Geschichte der EU die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) zu aktivieren, um den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, angemessene Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu ergreifen. „Wir schlagen ein Höchstmaß an Flexibilität im Umgang mit unseren Vorschriften vor, damit die nationalen Regierungen jeden unterstützen können – ihre Gesundheitssysteme, ihr Gesundheitspersonal und die Menschen, die die Krise so heftig trifft“, sagte von der Leyen.

> **Anleihekaufprogramm PEPP:** Die Europäische Zentralbank (EZB) kündigte ein Anleihekaufprogramm über 750 Mrd. Euro an. >>

“ Lassen Sie uns gemeinsam das Richtige tun – mit einem großen Herzen, nicht mit 27 kleinen. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> Das Pandemie-Notfall-Kaufprogramm soll bis zum Ende der Coronavirus-Pandemie aufrecht erhalten bleiben, mindestens jedoch bis Ende 2020. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“, erklärte EZB-Präsidentin Christine Lagarde und fügte hinzu: „Wir sind im Rahmen unseres Mandats entschlossen, das volle Potenzial unserer Werkzeuge auszuschöpfen.“ Es gebe keine Grenzen. Kommissionspräsidentin von der Leyen begrüßte die Entscheidung. „Die EZB setzt ihre ganze maximale Kraft ein“, erklärte sie.
- > **Debatte über Corona-Bonds:** Kommissionspräsidentin von der Leyen brachte auch die Einführung gemeinschaftlicher Corona-Bonds in die Diskussion ein. „Wenn sie helfen, wenn sie richtig strukturiert sind, werden sie eingesetzt“, sagte von der Leyen in einem Interview mit dem Deutschlandfunk.
 - > **Einsatz des Rettungsfonds ESM:** Die Finanzminister der Eurostaaten erörtern eine Einbeziehung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). So wird eine erweiterte Kreditlinie (Enhanced Conditions Credit Line – ECCL) erwogen. Der ESM verfügt derzeit über freie Mittel von rund 410 Mrd. Euro. „Innerhalb weniger Wochen leiteten wir Maßnahmen ein, die noch vor Monaten unvorstellbar erschienen“, erklärte EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. „Wir sind bereit, weitere Maßnahmen zu unternehmen und zu unterstützen, die auf bereits vollzogenen großen Schritten aufbauen“, ergänzte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen.

- > **Befristete Lockerung der EU-Beihilferegeln:** Die Kommission verabschiedete einen befristeten Rahmen, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, einen weiten Spielraum in den Beihilfavorschriften zu nutzen. Unternehmen können sich mit direkten Zuschüssen, Vorschüssen, vergünstigten Darlehen und Garantien mit ausreichend Liquidität versorgen. „Die wirtschaftlichen Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs sind gravierend. Wir müssen rasch handeln, um sie so gut wie möglich zu bewältigen“, sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager. So billigte die Kommission die Kredithilfeprogramme mehrerer Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschlands.
- > **Weitere Hilfen für Unternehmen und Beschäftigte:** Die Finanzminister der Mitgliedstaaten vereinbarten darüber hinaus Hilfen für Wirtschaft und Arbeitsmärkte von etwa 1 Prozent der Wirtschaftsleistung. „Wir werden eine noch nie dagewesene Koordinierung der Fiskalpolitik brauchen“, sagte Wirtschaftskommissar Gentiloni. So summierten sich die Liquiditätshilfen über Bürgschaften und Steuerstundungen bereits auf 10 Prozent der Wirtschaftsleistung. Ferner mobilisiert die EU-Kommission 37 Mrd. Euro aus den Strukturfonds des EU-Haushalts. Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt weitere 40 Mrd. Euro bereit.

Unmittelbare Priorität sei, die Gesundheitssysteme mit allen erforderlichen Ressourcen auszustatten, Liquidität für die betroffenen Unternehmen bereitzustellen sowie Arbeitsplätze und Einkommen der Menschen zu schützen, ergänzte Gentiloni. Die EU-Kommission habe dargelegt, wie das am besten zu erreichen sei: „Indem wir den Binnenmarkt verteidigen und die Solidarität gewährleisten“, so Gentiloni. (pr) >|

■ Die Präsidentin im Interview

Mit einer Militärmaschine der italienischen Luftwaffe sind Corona-Patienten aus Italien auf dem Flughafen Leipzig/Halle gelandet. Sachsen will die Patienten in den Krankenhäusern in Leipzig, Dresden und Coswig aufnehmen und kommt damit einer Bitte der italienischen Regierung nach.



© Peter Endig/dpa-Zentralbild/dpa

STABILES INTERNET FÜR ALLE

Netflix und Youtube passen Bitrate für Streams in Europa an



Auf Ersuchen des für den Binnenmarkt zuständigen EU-Kommissars Thierry Breton wollen die Streaminganbieter Netflix und Youtube auch während der Coronakrise stabile Internetverbindungen gewährleisten. „Da sich Millionen von Europäern dank digitaler Plattformen an die Einschränkungen anpassen und diese ihnen bei Telearbeit, E-Learning und Unterhaltung helfen, begrüße ich die Initiativen von Google und Netflix für ein reibungslos funktionierendes Internet während der COVID-19-Krise. Ich schätze das große Verantwortungsbewusstsein, das die beiden Dienste zeigen. Wir werden die Entwicklung der Situation gemeinsam genau verfolgen“, sagte Breton nach seinen Gesprächen mit den Spitzen der beiden Unternehmen.

Weil viele Beschäftigte von Zuhause aus arbeiten, um die Infektionswelle einzudämmen, sind die Internetverbindungen stark beansprucht. Sowohl Netflix als auch Youtube kündigten daraufhin an, die Bitraten für alle Streams in Europa für 30

Tage zu reduzieren. Youtube verpflichtete sich zudem, den gesamten Datenverkehr in der EU vorübergehend auf die Standarddefinition umzustellen.

■ *Maßnahmen von Streaminganbietern*

GEFÄLSCHTE MEDIKAMENTE

Von der Leyen warnt vor Internetbetrügern

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat vor wachsender Internetkriminalität im Zuge der Coronakrise gewarnt. „Die Zahl gefälschter Medikamente, angeblicher Desinfektionssprays und Wundermittel, die online angepriesen werden, ist schwindelerregend. Die derzeit am häufigsten online angebotenen Medizinprodukte sind gefälschte Operationsmasken. Wir arbeiten eng mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und den EU-Agenturen zusammen. Wir tun alles, um dieses Problem zu bekämpfen und unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen“, erklärte die Kommissionspräsidentin.

So konnten auf Betreiben von Europol weltweit 4,4 Mio. Einheiten gefälschter Medikamente beschlagnahmt werden, 37 Gruppen der organisierten Kriminalität wurden dingfest gemacht.

■ *Einsatz gegen Netzbetrüger*

RÜCKFÜHRUNG VON REISENDEN

EU koordiniert Luftbrücke

Die EU hilft den Mitgliedstaaten bei der Rückführung ihrer Bürger, die wegen der COVID-19-Pandemie im Ausland gestrandet sind. So organisierte Deutschland über das EU-Katastrophenschutzverfahren mehr als ein Dutzend Flüge, um EU-Bürger aus Ägypten, Marokko, den Philippinen, Tunesien und Argentinien nach Europa zu bringen. Die EU-Kommission beteiligt sich an den Kosten der Flüge mit bis zu 75 Prozent.

Sowohl der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, als auch der Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, arbeiten zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und dem Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen daran, die Rückführung von EU-Bürgern aus Drittländern zu unterstützen.

■ *Die Rückholaktion*

EMPFEHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

Kommission präsentiert weitere Vorschläge zur Eindämmung der Infektion

Nach Abstimmung mit dem neuen Beratergremium hat die EU-Kommission Empfehlungen zur Eindämmung des Coronavirus COVID-19 veröffentlicht. Priorität bleibt ein koordinierter Ansatz: Die Kommission rät, dass jeder Mitgliedstaat die empfohlenen Maßnahmen anwendet. Es sei entscheidend, so früh wie möglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung des Erregers zu verlangsamen. Entsprechende Vorgaben – Isolierung von Corona-Patienten, Selbstisolierung von Verdachtsfällen, das Absagen von Veranstaltungen, das Schließen von Kultureinrichtungen und Bildungsstätten – seien in allen EU-Staaten geboten.

Bei den Tests auf das Coronavirus empfiehlt die Kommission mit Blick auf begrenzte Kapazitäten eine Rangfolge: So wird geraten, den Tests an derzeit hospitalisierten Patienten und Mitarbeitern des Gesundheitswesens sowie an älteren Menschen, die das größte Erkrankungsrisiko haben, Vorrang einzuräumen.

■ *Öffentliche Maßnahmen und Teststrategien*

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Wojahn warnt bei Bewältigung der COVID-19-Krise vor nationalen Egoismen

© Kurt Sauer

Der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Jörg Wojahn, hat bei der Bewältigung der COVID-19-Infektionsschwelle vor einer „deutschen Nabelschau“ gewarnt. „Deutschland muss in der gegenwärtigen Lage rasche und sichtbare Gesten gegenüber Italien setzen und auch solche auf EU-Ebene erlauben“, mahnte Wojahn in einem Gastbeitrag für die Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ an. In der Europäischen Union war kritisch vermerkt worden, dass Deutschland zunächst einen Importstopp für bestimmte Medizingüter verhängt hatte. Erst auf Druck der EU-Kommission nahm die Bundesregierung diese einseitige Maßnahme zurück.

„So gerät das europäische Einigungswerk mittelfristig in Gefahr“, warnte Wojahn mit Blick auf einen gesamt-europäischen Ansatz bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise. Lobend hob der Vertreter der EU-Kommission hingegen Länder wie Sachsen, Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen hervor, die COVID-19-Patienten aus Italien aufnahmen. Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz stellten Klinikbetten für COVID-19-Infizierte aus Frankreich zur Verfügung.

Der Gastbeitrag

ERDSTOSS ERSCHÜTTERT ZAGREB

Soforthilfe nach Beben in Kroatien

Nach dem schweren Erdbeben in Kroatien hat die EU auf Ersuchen der kroatischen Behörden ihren Katastrophenschutz aktiviert. „Die EU ist da, um Kroatien in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Ich danke Slowenien, Ungarn, Österreich und Italien für ihre Angebote im Rahmen unseres Katastrophenschutzverfahrens“, so Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigte in ihrem Telefonat mit dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković die volle Solidarität der EU-Kommission mit Kroatien. Im Rahmen des Katastrophenschutzmechanismus hat die Europäische Kommission dabei geholfen, als Sofortmaßnahme Zelte, Betten, Matratzen, Heizgeräte und Schlafsäcke aus Slowenien, Ungarn, Österreich und Italien zu mobilisieren, damit diese rasch in die betroffenen Gebiete geschickt werden können. Das EU-Zentrum für die Koordinierung von Notfallmaßnahmen ist rund um die Uhr einsatzbereit und steht in ständigem Kontakt mit den kroatischen Behörden.

Die EU-Katastrophenhilfe für Kroatien

FEHMARNBELTQUERUNG

Vestager billigt Förderung für Ostseebrücke

Die EU-Kommission hat das öffentliche Finanzierungsmodell für die feste Fehmarnbeltquerung genehmigt. Die staatliche Förderung der Verbindung zwischen der dänischen und der deutschen Küste sei mit EU-Beihilferecht vereinbar.

„Wir sind nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Förderung Dänemarks für dieses Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht, da die positiven Auswirkungen eindeutig schwerer wiegen als potenzielle Wettbewerbsverfälschungen“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und würdigte den Beitrag der Brücke für das europäische Verkehrsnetz: „Die feste Fehmarnbeltquerung wird zur grenzübergreifenden Integration der beiden Regionen, die sie verbindet, beitragen. Sie ist für die Vollendung der zentralen Nord-Süd-Achse zwischen Mitteleuropa und Skandinavien von entscheidender Bedeutung und nützt der europäischen Wirtschaft.“ Fährgesellschaften hatten Bedenken gegen das Finanzierungsmodell angemeldet.

Fehmarnbeltquerung

JUSTIZREFORM IN POLEN

Europäischer Gerichtshof stützt Unabhängigkeit der polnischen Richter

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Bedeutung der Unabhängigkeit der polnischen Justiz betont und eine Disziplinierung polnischer Richter durch die Regierung verurteilt. Es könne nicht zugelassen werden, „dass nach nationalen Vorschriften nationale Richter Disziplinarverfahren gewärtigen, weil sie den Gerichtshof um Vorabentscheidung angerufen haben“, befand der EuGH. Zwar wiesen die Luxemburger Richter ein Vorabentscheidungsersuchen zweier polnischer Bezirksgerichte zurück. Doch stellte der EuGH fest: „Dass ein nationaler Richter eine Vorabfrage gestellt hat, die sich als unzulässig erweist, kann indessen nicht zu Disziplinarverfahren gegen ihn führen.“

Wegen Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien hatte die EU-Kommission 2017 ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen eingeleitet. EU-Kommissionsvizepräsident Věra Jourová hatte zuletzt bei einem Besuch in Polen heftige Kritik an der Justizreform geübt und vor einer „Zerstörung“ des polnischen Justizwesens gewarnt. Zugleich mahnte sie vor einer „Verleumdungskampagne“ gegen polnische Richter.

Das Urteil

SCHUTZANZÜGE UND BEATMUNGSGERÄTE

EU baut strategische Reserve für Medizinprodukte auf

Im Rahmen der Notfall-Reserve rescEU baut die Europäische Union auf Betreiben der EU-Kommission einen strategischen Vorrat an medizinischen Ausrüstungen wie Beatmungsgeräten und Schutzmasken auf, um die EU-Länder vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie zu unterstützen. „Die EU ergreift Maßnahmen, um die Mitgliedstaaten mit mehr Ausrüstung zu versorgen“, sagte der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar Janez Lenarčič in Brüssel.

> „Wir legen derzeit einen rescEU-Vorrat an, um rasch die für die Bekämpfung des Coronavirus erforderlichen Ressourcen bereitstellen zu können. Er wird in Anspruch genommen werden, um Mitgliedstaaten zu unterstützen, die mit einem Mangel an Ausrüstungen konfrontiert sind, die zur Behandlung infizierter Patienten, zum Schutz des Gesundheitspersonals und zur Verlangsamung der Ausbreitung des Virus erforderlich sind“, erklärte Lenarčič weiter.

Der Vorrat an Medizingütern, den die EU jetzt aufbaut, umfasst unter anderem:

- > medizinische Ausrüstung für die Intensivpflege wie Beatmungsgeräte,
- > persönliche Schutzausrüstungen wie wiederverwendbare Schutzmasken,
- > Impfstoffe und Therapeutika,
- > Labormaterial.

Der jeweilige Vorrat selbst wird von einem oder mehreren Mitgliedstaaten aufgenommen werden. Das Aufnahmeland ist dabei für die Beschaffung der Ausrüstung zuständig. Die EU wird 90 Prozent der Bevorratungskosten übernehmen. Das europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen wird die Verteilung der Ausrüstungsgüter verwalten, um sicherzustellen, dass sie dort zum Einsatz kommt, wo sie am dringendsten benötigt werden. Die EU stellt dafür 40 Mio. Euro bereit. „Die Reserve wird allen Mitgliedstaaten und allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Einander zu helfen, ist der einzige Weg nach vorn“, stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen klar.

Zudem verfügte die EU-Kommission einen Exportstopp für antivirale Schutzausrüstungen. Diese dürfen nur noch mit Genehmigung der Mitgliedstaaten in Länder außerhalb der EU geliefert werden. Das betrifft zum Beispiel Schutzkleidung und -brillen sowie Atemmasken.



© Shutterstock

Deutschland und Frankreich passten inzwischen auch ihre nationalen Maßnahmen gemäß den Wünschen der EU-Kommission an, um innereuropäische Lieferungen und damit europäische Solidarität zu ermöglichen.

Die EU arbeitet mit Hochdruck daran, die Versorgung mit dringend benötigten medizinischen Schutzausrüstungen sicherzustellen.

“ Mit der Einrichtung der ersten gemeinsamen europäischen Reserve von medizinischer Notfallausrüstung setzen wir die Solidarität der EU in die Tat um. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

Parallel zum Aufbau eines Vorrats an notwendigem Material gegen die Ausbreitung der Infektionswelle führt EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton Gespräche mit Herstellern und Unternehmen, um die Produktionskapazitäten dringend benötigter Güter wie Desinfektionsmittel oder Mundschutzmasken weiter zu erhöhen. „Die Kommission arbeitet mit der Industrie zusammen, um die Produktion zu steigern, ergreift Maßnahmen, um die benötigte Schutzausrüstung in der EU zu halten, und bemüht sich, den Warenfluss in Europa aufrechtzuerhalten, damit wir diese Ausrüstung gemeinsam nutzen können“, sagte von der Leyen.

Außerdem leitete die Kommission mit den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Beschaffung von Diagnose-Kits und Beatmungsgeräten in die Wege. (pr) >|

■ Schutzausrüstung für die EU

STAU IM SCHENGEN-RAUM VERMEIDEN

Kommission dringt auf zügige Kontrollen binnen 15 Minuten an den europäischen Binnengrenzen

Die EU-Kommission dringt bei den Mitgliedstaaten energisch darauf, die Staus an den Binnengrenzen im Schengen-Raum aufzulösen. Sie legte praktische Hinweise zur Grenzabfertigung vor. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, an Übergängen des transeuropäischen Verkehrsnetzes „Green Lanes“, Schnellabfertigungsspuren für den Güterverkehr, einzurichten. Zudem soll die Abfertigung an Übergängen nicht länger als 15 Minuten dauern.



© Shutterstock

Wegen der Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen bildeten sich kilometerlange Staus.

Schutz der Transportarbeiter

Im Interesse eines ungehinderten Transports rät die EU-Kommission den Mitgliedstaaten, Maßnahmen zu treffen, um einen freien Verkehr aller Arbeitskräfte im internationalen Verkehrswesen unabhängig vom Verkehrsträger sicherzustellen. Dazu sollten sie insbesondere Reisebeschränkungen und Quarantäne-Bestimmungen für Arbeitskräfte im Verkehrswesen, die keine Symptome aufweisen, aussetzen. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Beschäftigten im Verkehrsbereich sind zudem verstärkte Hygiene- und Betriebsmaßnahmen an Flughäfen, Häfen, Bahnhöfen und anderen Landverkehrsknotenpunkten erforderlich.

Das Maßnahmenpaket

> „Ich glaube, die Mitgliedstaaten haben da ihre Lektionen gelernt. Am Anfang hat jeder das gemacht, was er für richtig hielt, und einfach die nationalen Grenzen geschlossen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und fügte hinzu: „Aber wenn man wahllos Grenzen schließt und gar nichts mehr durchgeht, schneiden wir förmlich unseren Wirtschaftskreislauf ab.“

Mehrere EU-Mitgliedstaaten hatten in der Corona-Krise Kontrollen an den Binnengrenzen eingeführt, so auch Deutschland. In der Folge war es europaweit zu Staus sowie gravierenden Behinderungen des Warenverkehrs gekommen. Die Kommission hatte daher Leitlinien für die Kontrollen an Binnengrenzen vorgelegt. Im Fokus steht dabei der Schutz der Gesundheit der EU-Bürger sowie die Verfügbarkeit von Waren und essentiellen Dienstleistungen. „Unsere Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus-Ausbruchs werden nur dann wirksam sein, wenn wir uns auf europäischer Ebene koordinieren“, erklärte von der Leyen. „Wir müssen außergewöhnliche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit unserer Bürger ergreifen. Aber lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Waren und wesentlichen Dienstleistungen in unserem Binnenmarkt weiterhin fließen. Nur so können wir einen Mangel an medizinischer Ausrüstung oder Lebensmitteln verhindern.“

Regeln für Abfertigung an Binnengrenzen

Die EU-Kommission setzt in ihren Leitlinien unter anderem auf:

- > **Schutz der Gesundheit:** Menschen mit Verdacht auf eine Coronavirus-Infektion sollen Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhalten, entweder im Ankunfts- oder im Abreiseland. Zudem ist es grundsätzlich möglich, jeden, der in das Staatsgebiet einreist, auch ohne formelle Einführung von Grenzkontrollen einem Infektionstest zu unterziehen.
- > **Schnellabfertigungsspuren für Lastwagen:** Um den Warenfluss nicht zu unterbrechen, sollten die Mitgliedstaaten für den Güterverkehr prioritäre Fahrspuren ausweisen, etwa über „grüne Abfertigungslinien“. Zudem soll EU-Bürgern die Durchreise in ihr Herkunftsland ermöglicht werden.

Nach einer Videokonferenz der EU-Verkehrsminister sagten die Mitgliedstaaten auf Drängen der EU-Kommission zu, die Leitlinien einzuhalten: „Es gibt eine klare Verpflichtung, sich zu koordinieren und besser zusammenzuarbeiten“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung.

Auch die Innenminister der Mitgliedstaaten sagten der Kommission zu, den Fluss wichtiger Güter zu gewährleisten. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson stellte nach einer Videokonferenz mit den Ministern fest: „Jetzt, nach ein paar Tagen, sehen sie, dass Grenzschließungen keine Lösungen sind und sie zusammenarbeiten müssen.“

Befristete Beschränkungen für Einreisen

Zudem unterstützten die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel am 17. März eine Initiative von Kommissionspräsidentin von der Leyen, Einreisen in die EU für 30 Tage auf ein Minimum zu beschränken. Ausgenommen würden neben allen EU-Bürgern und ihren Angehörigen Reisende mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung, Diplomaten, Ärzte, Krankenpfleger, Forscher und Experten, sagte von der Leyen. Sie hatte die EU-Maßnahme zuvor in einer Videokonferenz im Kreis der G7-Staaten angekündigt. (pr) >|

Leitlinien für Grenzkontrollen

KOORDINIERUNG DES RISIKOMANAGEMENTS ZU COVID-19

Kommission beruft RKI-Chef **Lothar Wieler** und Virologen **Christian Drosten** in Beratergremium

Die EU-Kommission hat ein eigenes Expertenteam zu COVID-19 eingesetzt. Die Epidemiologen und Virologen aus verschiedenen Mitgliedstaaten sollen EU-Leitlinien für wissenschaftlich fundierte, koordinierte Risikomanagementmaßnahmen ausarbeiten. Aus Deutschland sind Lothar Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), und Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie der Berliner Charité, zu Mitgliedern des Beraterstabs berufen. Das Gremium berät regelmäßig in Videokonferenzen über die Lage rund um die Infektionswelle.

> „In diesen außergewöhnlichen Zeiten ist es überaus wichtig, dass wir unser Vorgehen auf EU-Ebene koordinieren und Entscheidungen immer auf Grundlage von wissenschaftlichem Sachverstand treffen. Gemeinsames Handeln und Solidarität sind der beste Weg, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur ersten Sitzung des Expertenteams.

Unabhängiger Expertenstab

Der Beraterstab setzt sich aus sieben Mitgliedern aus sechs EU-Staaten zusammen und wird unabhängig arbeiten. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) unter Leitung der deutschen Medizinerin Andrea Ammon sowie die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) und das Zentrum für die Koordinierung von Notfallmaßnahmen nehmen als Beobachter teil. Aufgaben des Gremiums sind unter anderem:

- > Ausarbeiten von weiteren Maßnahmen gegen die Verbreitung des Erregers COVID-19
- > Feststellen von Lücken im Kampf gegen die weitere Verbreitung der Infektion
- > Koordinierung von Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung und des Katastrophenschutzes
- > Schlussfolgerungen und Lehren für potenzielle künftige Infektionswellen und Gesundheitsrisiken.

„Zeit und wissenschaftlicher Sachverstand sind entscheidende Faktoren, um diesen Kampf zu gewinnen. Das neue Team wird eine wichtige Rolle bei der medizinischen Reaktion der EU auf die Pandemie spielen. Es wird sich auf die Arbeiten des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) stützen und die-



© Britta Pedersen/dpa-Zentralbild/dpa +++ dpa-Bildfunk +++

se Arbeiten ergänzen“, sagte die für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige EU-Kommissarin Stella Kyriakides.

Bereits im Januar dieses Jahres hatte die EU-Kommission Mittel zur Forschungsförderung rund um den Erreger COVID-19 bereitgestellt, das Budget verfügt inzwischen über ein Volumen von 47,5 Mio. Euro. Schon zuvor hatte die EU-Kommission viele Forschungsvorhaben in der Gesundheitsvorsorge und Impfstoffentwicklung gegen antivirale Krankheitserreger gefördert, etwa durch das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020.

Beispiele sind:

- > Das Prepare-Programm, das die Ausbreitung von Corona-Infektionskrankheiten erforscht und Kliniken besser auf die Behandlung von Epidemiepatienten vorbereitet, wird mit rund 24 Millionen Euro von der EU gefördert.
- > Das Europäische Virus Archiv (European Virus Archive) erhielt 12,2 Mio Euro, um Erreger von Krankheiten von Pflanzen, Tieren und Menschen zu dokumentieren.
- > Die Programme Veo und Mood werden seit Januar 2020 mit insgesamt 29 Mio. Euro unterstützt. Über das Auswerten und Modellieren von „Bio-Daten“ soll die Ausbreitung neuer Krankheiten besser verstanden und vorhergesagt werden.
- > Gemeinsam mit Pharmaunternehmen stellt die EU-Kommission im Zuge der Initiative innovative Medikamente (IMI) rund 90 Mio. Euro bereit, um neue antivirale Arzneimittel gegen COVID-19 zu entwickeln und rasch zum Einsatz zu bringen. (pr) >|

Pressekonferenz mit RKI-Präsident Lothar Wieler (rechts) und Chef-Virologe Christian Drosten (Bildmitte)

Unterstützung für deutsche Firma CureVac

Die EU-Kommission unterstützt das Tübinger Unternehmen CureVac mit 80 Mio. Euro, um Entwicklung und Produktion eines Impfstoffs gegen das Coronavirus voranzubringen. Die EU fördert die Firma bereits seit 2014.

„Die EU hat die Forschung von CureVac früh unterstützt und wird nun wieder finanziell helfen. Wir müssen so schnell wie möglich einen Impfstoff finden, der der ganzen Welt hilft“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. CureVac-Investor Dietmar Hopp erklärte: „Die von der EU in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung würde es ermöglichen, die Produktionskapazität auf mehrere Milliarden Dosen zu steigern.“

REISEBESCHRÄNKUNGEN

Kommission legt Leitlinien für Fahrgastrechte vor

Vor dem Hintergrund der Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen, die einzelne Mitgliedstaaten in der Coronakrise eingeführt haben, hat die EU-Kommission Leitlinien zu Passagierrechten veröffentlicht. Diese sollen sicherstellen, dass die Rechte der Reisenden in der gesamten EU einheitlich angewendet werden. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean sagte: „Im Falle von Annullierungen muss der Reiseanbieter den Fahrgästen das Geld zurückzahlen oder ihnen eine neue Flugverbindung vorschlagen. Wenn die Fahrgäste selbst beschließen, ihre Reise zu stornieren, hängt die Erstattung des Ticketpreises von der Art des Tickets ab.“



Die Leitlinien beziehen sich auf die Passagierrechte im Luft-, Schienen-, Schiffs- und Busverkehr, im Seeverkehr und auf Binnenwasserstraßen, sowie auf die entsprechenden Pflichten der Beförderer. Reisehinweise und Antworten auf Fragen gibt das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ).

Das EVZ zur aktuellen Lage

ERASMUS+ UND SOLIDARITÄTSKORPS

EU verlängert Frist für Bewerbungen

Die Coronakrise hat auch weitreichende Auswirkungen auf Projekte und Teilnehmende, Veranstaltungen und Freiwillige in Erasmus+, JUGEND IN AKTION und dem Europäischen Solidaritätskorps. Unter die nicht mehr zulässigen Aktivitäten fallen alle transnationalen Mobilitäten oder inländischen Treffen und Veranstaltungen. In der näheren Zukunft ist auch die Durchführung von Aktivitäten physischer Mobilität wie Jugendbegegnungen, Fachkräftemaßnahmen oder Freiwilligentätigkeiten im Rahmen der EU-Jugendprogramme nicht mehr möglich.



Weiter möglich bleiben dagegen projektbezogene Tätigkeiten, die keine Treffen im Inland oder Reisen ins Ausland erfordern, wie z.B. die Arbeit an Produkten im Rahmen Strategischer Partnerschaften, vorbereitende Aktivitäten, Onlineaktivitäten. Die Antragsfrist für Erasmus+, JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps ist auf den 07.05.2020 verschoben.

Website JUGEND für Europa

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2020

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



HOMESCHOOLING

Von zu Hause Europa spielend erkunden

Wegen der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten während der Corona-Krise stehen viele Eltern derzeit vor der Herausforderung, den Nachwuchs zu beschäftigen und zugleich selbst zu Hause zu arbeiten. Die virtuelle „Lernecke“ der EU bietet verschiedene Möglichkeiten für Kinder, aktiv und kreativ Europa kennenzulernen, mit Material zum Lernen, Spielen und Basteln. Das Heft „EU & ich“ ist eine Veröffentlichung für Schülerinnen und Schüler von 14 bis 18 Jahren, die mehr über die Europäische Union erfahren möchten: Was tut die EU, wie hat alles begonnen und wie funktioniert sie? Zur Broschüre gibt es ein Online-Quiz, bei dem die Themen vertieft werden können.

Beim Spiel „Die EU: Worum geht es da eigentlich?“ können Schülerinnen und Schülern mithilfe einer interaktiven Karte mehr über die Länder der Europäischen Union erfahren. Auf ihrer Reise in jedes der Länder finden sie heraus, was in der Tschechischen Republik gern gegessen wird, welche Sportart in der Slowakei am beliebtesten ist, welche berühmten Maler die Niederlande hervorgebracht hat und vieles mehr. An Schüler und Schülerinnen ab 15 Jahren richtet sich die Broschüre „Die Europäische Union: Was sie ist und was sie tut“. Für kleinere Kinder bis 9 Jahren gibt es ein Länder- und ein Sprachen-Puzzle zur EU mit einer Riesenkarte von Europa zum Ausdrucken und Ausmalen.

Learning Corner

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2020